

Durchführung und Rechtsfolgen der Vertragsaufhebung bei nachträglichen Erfüllungsstörungen

Simon Laimer

Kurzzusammenfassung

Die rechtsvergleichend angelegte Arbeit behandelt mit der Vertragsaufhebung einen zentralen Rechtsbehelf im Falle von Leistungsstörungen (in der Arbeit rechtsordnungsunabhängig: nachträgliche Erfüllungsstörungen). Es werden dabei das italienische, deutsche und österreichische nationale Schuldrecht sowie das UN-Kaufrecht (CISG) verglichen und zudem neuere Vereinheitlichungsprojekte – von den Principles of European Contract Law (PECL) der Lando-Gruppe über die Principles of International Commercial Contracts (PICC) des UNIDROIT-Instituts bis hin zu den Principles of European Sales Law (PESL) der Study Group on a European Civil Code – und der jüngst publizierte Entwurf für einen Gemeinsamen Referenzrahmen (DCFR) einbezogen. Anschließend werden anhand einer folgenorientierten Bewertung der verschiedenen Lösungsmodelle Kriterien und Anregungen für die Ausgestaltung einer möglichen einheitlichen europäischen Regelung abgeleitet.

Im ersten Hauptkapitel der Arbeit wird die Art und Ausgestaltung von Verfahren für die Aufhebung im Falle einer Vertragsstörung untersucht. Dabei werden die Fragen geklärt, ob und innerhalb welcher Grenzen der vertragstreuen Partei ein Wahlrecht zwischen Erfüllung und Vertragsaufhebung zusteht, welche Wirkungen einer Begrenzung dieses Wahlrechts zukommen bzw. inwiefern eine Revision der vorgenommenen Entscheidung möglich ist. Das zweite Hauptkapitel der Arbeit richtet den Fokus auf die Rechtsfolgen einer wirksamen Vertragsaufhebung und untersucht deren Rechtsnatur in den unterschiedlichen behandelten Rechtssystemen. In diesem Zusammenhang werden die Wirkungen der Befreiung von den Leistungspflichten, der Restitution sowie der Haftung bei schuldhafter Verletzung von Pflichten aus dem Rückabwicklungs-schuldverhältnis behandelt.